Nr. 323
…u Dresden
27. 11. bis 18. 12. 19.
…ltigkeitsfest im
…iser-Palast
…rerverein
…mmlung
…-Preiskegeln.
…st" Am See 5.
…achtfalter
…an der Riviera
…C, Strehlen
…erstag-Ball
…allfeste.
…HAUS
…piegelsaal
…amenball.
…asewitz.
…amen-Ball!
…haus.
…alter
…amenball.
…Damenball
…nerstag
… Palmstr.
…Saal.
…amenball.
…zer!
…r-Kapelle
…nszimmer
…men-Hüte
…ungen
…er

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigen: Die 34 mm breite Kolonelzeile kostet 90 Pf., die 78 mm breite Reklamezeile M. 3.—, mit Platzvorschrift M. 3.50. Für Ziffern- oder Auskunft 10 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresumsätzen Ermäßigung nach festgelegter Tafel. Briefgebühr 20 Pf. Anzeigen von auswärts und von unbekannten Bestellern nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsre Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 38, 13 8 97, 17 1 99. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2000 Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Bezugspreise: Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 2.0… vierteljährlich M. 6.60. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M. 2.20, vierteljährl. M. 6.60; B mit „Illustr. Neueste" … 2.15 … 6.45
Postbezug im Ausland lt. Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen wöchentlich M. 1.30, nach dem Auslande M. 1.35. Einzelnummer wochentags 15 Pf., Sonntags (2. Ausgabe) 20 Pf.

Englische Politik

Von einem Sonderberichterstatter

London, 18. November

Zum x-tenmal ist die russische Frage in den Vordergrund der englischen Politik gerückt, und diesmal scheint das Stadium einer wirklichen Krise erreicht zu sein. Erst in der letzten Woche fand eine große „russische" Debatte im Parlament statt, die man fast als eine inszenierte Propaganda-Debatte hätte betrachten können. Nach zwei Jahren Dienstzeit in Sibirien kam Oberst Ward (Arbeiterpartei) ins Parlament, um auf Grund persönlicher Erfahrungen eine fürchterliche Anklage gegen den Bolschewismus zu erheben. Diese Anklage ist nicht ohne große Wirkung auf die Abgeordneten, ausgenommen diejenigen seiner eigenen Partei, geblieben. Dazu kam Churchills glänzende Verteidigung seiner Interventionspolitik, verbunden mit einem heftigen Angriff auf die vernichtende Macht der Lenin-Trotzkischen Lehre. Die Folge davon dürfte sein, daß sich der Kriegsminister einer großen Mehrheit bei der Abstimmung erfreut. Zwei Tage darauf saß Churchill im Mansion House und hörte, wie sein Chef eine Erklärung abgab, daß diese Intervention nicht für immer andauern könne, und gleichzeitig das Verlangen zum Ausdruck brachte, die russischen Gegner möchten die Ruhezeit des Winters dazu benutzen, eine Einigungs- und Ausgleichsbasis zu finden. Gleichzeitig deutete Lloyd George an, daß der Oberste Rat in Paris wieder zu dem Plan einer Konferenz à la Prinkipo gekommen sei. Demnach scheint Churchill im schroffen Gegensatz zu dem Premierminister zu stehen, und die Lage verliert gewiß nicht an Interesse durch die obenerwähnte Mehrheit, die dem Churchillschen Programm zugestimmt hatte.

Man wirft dem Premierminister vor, daß er seit Monaten einer Verständigung zwischen den Bolschewisten und den Nationalrussen geneigt gewesen sei, und daß er davon nur durch seine konservativen „Herren" abgehalten worden sei. Heute legt die ganze Presse die Erklärung Lloyd Georges so aus, als wenn auch er diese Politik von jetzt an befolgen würde, und wenn dieser Richtungswechsel sich bewahrheitet, dürften die folgenden Momente in Zusammenhang damit stehen: Erstens die militärische Lage in Rußland, wo nach den „Daily News" Judenitsch, Denikin und Koltschak alle in extremis liegen. Zweitens: keiner weiß besser als der Premierminister, daß, wenn er an die Wählerschaft für ein Interventionsmandat appellieren würde, er keinen Erfolg haben würde. Drittens: England hat auch an inneren Geburtswehen in Irland, Aegypten usw. zu leiden, wobei die Gefahr eines neuen Krieges mit Afghanistan nicht außer acht gelassen werden darf. Die Zeichen mehren sich sogar, daß der Premierminister sich immer mehr nach links orientiert, denn seine angedrohte Aufhebung des Brotzuschusses hat er neuerdings zurückgenommen, und diese Anzeichen lassen die Hoffnung wach werden, daß Lloyd George in nicht allzu ferner Zeit das Parlament auflösen wird.

Obwohl man dem Ereignis nicht zu viel Bedeutung beimessen darf, bleibt es immerhin symptomatisch für die Stimmung im Lande, daß die Arbeiterpartei bei den letzten Gemeindewahlen einen großen Sieg errungen hat. In London allein ist die Zahl ihrer Vertreter bei den Stadträten in den verschiedenen Bezirken von 48 bis auf über 500 gestiegen. Man darf diesen Sieg nicht allzu schwarzseherisch bezeichnen, weil, wie gewöhnlich, nur 25 vom Hundert der Wählerschaft zur Wahlurne gegangen sind. Nach wie vor aber ist die Arbeiterschaft gegen jede Einmischung in die russischen Angelegenheiten. Und Lloyd George scheint sich mit dieser Partei auf immer freundlicheren Fuß stellen zu wollen, trotz der Tatsache, daß er es war, der den Eisenbahnerstreik als „eine anarchistische Verschwörung" hinstellte. Ein weiteres Symptom aus der Arbeiterwelt ist die Tagung des Trades Union Congreß, der zusammentrat, um ein Arbeiterkabinett zu bilden, das mit dem Zusammenwirken der Gewerkschaften bei den künftigen Kämpfen betraut werden soll.

Also die auswärtige und die innere Politik enthalten genügende Faktoren, um die Energien der englischen Staatsmänner auf längere Zeit hinaus vollauf in Anspruch zu nehmen. Vor Weihnachten will man dem Parlament eine neue irische Bill vorlegen; indessen nimmt die Zahl der Raids und Morde in dem gequälten Lande nicht ab. In diesem Jahre allein sind beinahe 20 Polizisten von den Sinnfeinern ermordet worden, und es scheint die Annahme berechtigt, daß Irland und nicht Rußland — soweit England in Betracht kommt — zuerst an die Reihe kommt.

Englands Rache

⊕ **Rotterdam**, 28. November. (Eigener Drahtbericht.) Nach Londoner Meldungen sagte Bonar Law am Dienstag im Unterhause, daß Englands Anteil an den Auslieferungslisten sich auf die Urheber des Versenkungskrieges beschränkt. Die hierfür Schuldigen würden auch in England abgeurteilt werden. — Die „Times" melden aus Paris, daß die Entente-Kommission, die die deutschen Häfen, Werften und Schiffsbauanstalten kontrolliert, weitere dreizehn ablieferungspflichtige deutsche Schiffe dem Rate der Alliierten angezeigt habe.

Die Auflösung der Friedenskonferenz

ITA. **Coblenz**, 28. November. (Eig. Drahtbericht.) Die hier erscheinende amerikanische Zeitung „Amaroc" meldet aus Paris, daß die amerikanische Friedensabordnung am 5. Dezember abreisen werde. Die britische Abordnung werde bald nach dem 5. Dezember folgen. Eine interalliierte Sonderkonferenz soll im Januar einberufen werden zur Lösung der türkischen Frage und zur Unterzeichnung des Friedensvertrages mit der Türkei.

Kriegszustand mit Lettland

× **Berlin**, 28. November. Wie bereits gemeldet, ist die deutsche Gesandtschaft in Mitau mit Rücksicht auf die militärischen und politischen Vorgänge aus Mitau zurückgezogen worden. **Die lettische Regierung hat nunmehr ihre hiesige Vertretung gleichfalls zurückberufen und betrachtet sich unter Hinweis auf die Angriffe der ehemaligen reichsdeutschen Truppen unter Awalow Bermondt als mit Deutschland im Kriegszustand befindlich. Die noch in Riga und Libau befindlichen deutschen Vertreter werden daraufhin gleichfalls zurückberufen werden.**

Die Flüchtlinge aus dem Baltikum

+ **Berlin**, 28. November. (Eig. Drahtbericht.) Auf Grund des deutsch-litauischen Vertrages haben bereits 2000 Flüchtlinge und 1600 Militärpersonen die deutsche Grenze überschritten. Weitere Flüchtlingstransporte treffen in ununterbrochener Reihenfolge ein. Sämtliche Militärkolonnen sind von zahlreichen Zivilflüchtlingen, Frauen und Kindern, begleitet. In Schaulen sind neuerdings viele Versprengte angekommen, deren Disziplin zu wünschen übrig läßt. Die Eiserne Division geht in verhältnismäßig guter Ordnung zurück, während viele andre Truppenverbände vollkommen aufgelöst zurückfluten und durch ihre Disziplinlosigkeit den Rückzug gefährden. Es ist deshalb die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß es zu Zusammenstößen mit den Reichswehrtruppen kommt, die die Grenze bewachen. Diese sind jedoch stark genug, um jede Unbotmäßigkeit sofort zu unterdrücken. Gegen Meuterer wird mit aller Strenge vorgegangen werden, so daß die ostpreußische Bevölkerung keine Ursache hat, sich zu beunruhigen.

+ **Kopenhagen**, 28. November. (Eig. Drahtbericht.) Das Lettische Pressebureau meldet den weiteren Vormarsch der Letten in Richtung Schaulen. Der Eisenbahnknotenpunkt Tuckum wurde genommen. Die Bermondtschen Truppen ziehen sich in südöstlicher Richtung zurück. Auch der litauische Generalstab meldet eine vollständige Niederlage der Bermondtschen Truppen. Vier deutsche Schwadronen, die von Mitau zur Unterstützung Bermondts herbeieilten, wurden aufgerieben.

× **Helsingfors**, 27. November. Die Nordwest-Armee und die russische Nordwest-Regierung werden aufgelöst. Die Bolschewisten konzentrieren an der Westfront vorzügliche Truppen, so daß die Stellung der Esten außerordentlich schwierig ist. Ueber die Friedensfrage teilte ein amerikanischer Offizier mit, daß die Friedensverhandlungen bereits während des Aufenthaltes Litwinows in Dorpat beginnen sollten. Die Engländer verhinderten sie jedoch, da sie zuerst selber mit Litwinow verhandeln wollten. Die Verhandlungen werden nach der Rückkehr Litwinows im Dezember wieder aufgenommen werden.

Die erste Antwort genügt

⊕ **Berlin**, 28. November. (Eigener Drahtbericht.) **Die Pariser Havas-Agentur meldet zu der deutschen Antwortnote an die Alliierten, daß die Note Clemenceaus keiner Antwort durch Deutschland bedürfe. Nach der Stellungnahme der Alliierten sei an ein Abweichen von dem Inhalt der Clemenceau-Note nicht zu denken.**

Der Wiederaufbau Frankreichs

+ **München**, 28. November. (Eig. Drahtbericht.) Reichsaufbauminister Dr. Geßler weilte gestern in München, wo er im großen Saale der Handelskammer in interessierten Handelsgewerbe- und Handwerkskreisen einigen Aufschluß über die Aufbauarbeit in Nordfrankreich gab. Bei Vergebung der Aufträge, wobei Aufbau- und Aufräumungsarbeiten zu trennen seien, werde man den Weg der Dezentralisation beschreiten und Vorsorge treffen, daß die einzelnen Gliedstaaten und die einzelnen Interessengruppen in entsprechender Weise herangezogen werden. Ein unberechtigter Unternehmergewinn müsse auf alle Fälle ausgeschaltet werden. Die Aufträge werde man auf die einschlägigen Verbände verteilen. Man werde dabei einer gewissen planmäßigen Wirtschaftsführung unter Berücksichtigung des inländischen Bedarfs an Rohstoffen und des Valutastandes nicht entbehren können. Im Interesse der Wohlfahrt der zu entsendenden Arbeiter wird versucht werden, das Menschenmögliche zu erreichen. Das Wiederaufbauministerium werde die interessierten Kreise durch unmittelbare Nachrichtenübermittlung über den Stand der Verhandlungen mit der Entente unterrichten, um allen Mißverständnissen vorzubeugen. Die Heranziehung der Zentralarbeitsgemeinschaft in Berlin bedeute keine Bevorzugung einer bestimmten Gruppe von Interessenten.

Verzögerung des Friedens mit Südslawien

× **Versailles**, 27. November. Gestern nachmittag sollte die südslawische Friedensdelegation die Konventionen über die Minderheiten, über die Italien schuldigen Wiedergutmachungen und über Ausgaben für die Befreiung des ehemals österreichisch-ungarischen Gebietes unterzeichnen. Man wartete aber am Quai d'Orsay vergebens. Die Herren kamen nicht und ließen mitteilen, daß ihre Instruktionen nicht genügend seien. Ohne diese könnten die Südslawen auch nicht den bulgarischen Friedensvertrag unterzeichnen, ebensowenig wie die Rumänen.

Für die Kriegsopfer

* **München**, 28. November. Das Reich hat beschlossen, zur Linderung der Winternot für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen 100 Millionen Mark auszuwerfen. Die Gliedstaaten werden entsprechend dem Matrikularfuß aus dieser Summe berücksichtigt. Von der Reichsregierung ist die Kriegsbeschädigten-Fürsorge auf neue gesetzliche Unterlagen gestellt worden. Der Gesetzentwurf ist fertig und wird demnächst der Nationalversammlung zugehen, ebenso ein Entwurf über die zwangsweise Beschäftigung der Kriegsbeschädigten.

Die Kompromißvorschläge zum Betriebsrätegesetz

Aus unserm Berliner Redaktionsbureau wird uns geschrieben:

Die Kompromißvorschläge über das Betriebsrätegesetz sind gestern zum Abschluß gekommen. Sie werden am Freitag dem Ausschuß vorgelegt werden, so daß man spätestens für Sonnabend mit der ersten Lesung des Gesetzentwurfes rechnen kann. Darauf wird eine achttägige Pause eintreten bis zur zweiten Lesung, so daß das Gesetz noch vor Weihnachten vom Plenum der Nationalversammlung verabschiedet werden kann. Die Verständigung für die erste Lesung ist zwischen den drei Regierungsparteien erst in den späten Abendstunden des Donnerstag zustande gekommen. In der Frage der Zulassung der Betriebsratsmitglieder zu den Aufsichtsräten wurde festgesetzt, daß Delegierte des Betriebsrates in allen Aufsichtsratssitzungen Sitz und Stimme haben sollen, daß sie aber dort in der Hauptsache nur die Interessen der Arbeiter vertreten sollen. In der Frage der Bilanzeinsichtnahme haben Demokraten und Zentrum die Sozialdemokraten überstimmt und alle Betriebe, die nicht mindestens 100 Angestellte oder 300 Arbeiter umfassen, von der Vorlegung der Bilanz befreit. Die Sozialdemokraten haben sich einen Antrag vorbehalten, der der Regierungsvorlage entspricht und also nur 50 Arbeitnehmer als Grenze für die Befreiung vorsieht. Es ist indessen kaum anzunehmen, daß die Sozialdemokraten mit diesem Antrag durchdringen werden. Ueber die Einstellung der Arbeitnehmer können Richtlinien zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat vereinbart werden. Wo keine Vereinbarungen getroffen werden, soll auch kein Einspruchsrecht bei der Einstellung bestehen. Bei Kündigungen und Entlassungen soll ein Mitwirkungsrecht zugestanden werden, wo nachgewiesen werden kann, daß es sich um Maßregelungen seitens der Arbeitgeber handelt. Auch hier werden die Kennzeichen der Maßregelung im Gesetz genau bestimmt, wo solche Maßregelungsgründe nicht vorliegen, hat der Arbeitgeber freie Hand. — —

Damit steht natürlich noch nicht fest, wie sich die noch vorhandenen Gegensätze lösen oder ob es nicht noch, selbst wenn in der Kommission ein Kompromiß zustandekommt, bei der Beratung und Abstimmung im Plenum doch zu einer ernsten Regierungskrise kommt.

Die Annahme des Kompromißantrages

× **Berlin**, 28. November. In der heutigen Sitzung des Betriebsräteausschusses der Nationalversammlung wurde folgender Kompromißantrag mit den Stimmen der Regierungsparteien und denjenigen der unabhängigen Sozialdemokraten angenommen:

Der Betriebsrat hat in Unternehmungen, für die ein Aufsichtsrat besteht, nach Maßgabe eines besonderen, hierüber zu erlassenden Gesetzes einen oder zwei Vertreter in den Aufsichtsrat zu entsenden, um die Interessen und Forderungen der Arbeitnehmer sowie ihre Ansichten und Wünsche hinsichtlich der Organisation des Betriebes zu vertreten. Die Vertreter haben in allen Sitzungen des Aufsichtsrates Sitz und Stimme, jedoch keine Vertretungsmacht und keinen Anspruch auf eine andre Vergütung als auf eine Aufwandsentschädigung. Sie sind verpflichtet, über die ihnen gemachten vertraulichen Angaben Stillschweigen zu bewahren.

Die Streikbewegung

* **Berlin**, 28. November. In den Bitterfelder chemischen Betrieben und Kohlengruben wurde gestern über einen etwaigen Generalstreik abgestimmt. Von zehn Gruben erklärten sich drei gegen den Streik, sieben dafür. Trotzdem nimmt man an, daß der Generalstreik vermieden wird, da die Arbeiterschaft im allgemeinen arbeitswillig ist. — Die Regierung vertritt die Auffassung, daß der Ausnahmezustand an sich höchst unerwünscht ist, und möchte ihn in Uebereinstimmung mit der Arbeiterschaft tunlichst bald aufheben und die Truppen zurückziehen. Die Regierung kann es jedoch nicht als zulässig ansehen, daß das Erscheinen der Reichswehr ein Streikgrund ist. Voraussetzung für die Aufhebung des Belagerungszustandes und den Abmarsch der Truppen in die Standorte ist daher die vollständige Arbeitsaufnahme. Die zivilen und militärischen Stellen im Bezirk sind angewiesen worden, sich über den Zeitpunkt der Zurücknahme des Ausnahmezustandes schleunigst zu äußern.

× **Stettin**, 27. November. Die „Ostseezeitung" meldet aus Greifswald: Im Landkreise Greifswald ist ein Streik der Landarbeiter ausgebrochen, der heute bereits 17 Güter umfaßt.

Ausschreitungen der Arbeitslosen in Köln

ITA. **Köln**, 28. November. (Eig. Drahtbericht.) Die Arbeitslosen versuchten gestern in eine Versammlung der in der Universität tagenden Stadtverordnetensitzung einzudringen. Sie warfen mit Steinen in die Fenster der Hörsäle. Die sofort eintreffenden britischen und deutschen Polizeitruppen zerstreuten die Massen.

Gegen die Verschleuderung von Waren

* **Basel**, 28. November. Die Verschleuderung deutscher Waren ins Ausland hat an der Schweizer Grenze von Basel bis Konstanz zur Anwendung schärfster Sperrmaßregeln geführt, durch die die Warenausfuhr nach der Schweiz verhindert werden soll. Der Grenzschutz auf deutscher wie auf Schweizer Seite ist erheblich verstärkt worden.

Hochschul-Reform

Beginn der Dresdner Tagung

Gestern abend fand im großen Festsaal des Ausstellungs-Gartens die Begrüßung der Vertreter der deutschen, deutsch-österreichischen und böhmischen Hochschulen durch die Vertretung der Dresdner Technischen Hochschule und der Behörden statt. Von der Tagung, die jetzt in den Mauern unsrer Stadt vor sich geht, werden ganz besonders wichtige Ergebnisse für die künftige Hochschulreform erwartet. Die Mechanisierung des wissenschaftlichen Betriebes wird auf den Hochschulen ebenso wie auf den Universitäten befürchtet und beklagt, und man ist bestrebt, neue Wege zu finden, die eine Verlebendigung der Wissenschaft herbeiführen. Nicht nur der Buchstabe, auch Zahlen und Maschinen töten, wenn nicht der Geist, der alles verbindet, lebendig macht. Die Hochschule fühlt mehr denn je, daß sie in Zukunft ihrer Aufgaben nur gerecht werden kann, wenn sie mit dem großen Strom des Schaffens und Wirkens unsrer Zeit in unmittelbarem Zusammenhang steht, wenn ihre Schüler nicht zu einseitigen Fachgelehrten, sondern zu vollen Menschen werden. In Deutschland muß alles nach dem Zusammenbruch versuchen, gemeinsam die neuen Werte zu schaffen. Technik, Architektur und all die einzelnen Fächer der Hochschule können nur im vollen Zusammenklang mit den sonstigen Kräften, die in der Volkswirtschaft, der Kunst und allen übrigen Geistesgebieten zutage treten, zur fruchtbaren Entfaltung kommen.

Unter dem Eindruck, daß ernste Arbeit geleistet werden müsse, stand die heutige erste Tagung in der Aula der Technischen Hochschule. Merkwürdig, wie veraltet und verstaubt sich der Makartprunk des großen Saales ausnimmt! Kein äußerer Glanz, keine Zeremonien. In kurzen Worten weist Seine Magnifizenz der Rektor unsrer Hochschule, Geheimrat Krause auf die Bedeutung der Zusammenkunft hin, begrüßt es besonders freudig, daß sich nicht nur aus allen Teilen Deutschlands, sondern auch aus Böhmen und Deutsch-Oesterreich Mitarbeiter am Werke der Hochschulreform eingefunden haben. Es sei bei dem gewaltigen Berg von Arbeit keine Zeit zu schönen Reden. Er eröffnete daher sofort die geschäftliche Sitzung und brachte selbst folgenden Vorschlag zum Ausbau der mathematisch-naturwissenschaftlichen Abteilung der Hochschulen: „Den Studierenden der mathematisch-physikalischen, chemischen und geographischen Richtung muß die Möglichkeit gegeben werden, an den Deutschen Technischen Hochschulen eine staatliche Prüfung für das höhere Lehramt abzulegen und den Titel Doktor der Technischen Wissenschaften zu erwerben." Sodann ergriff Prof. Dr. Heydebroek (Darmstadt) das Wort. Seine Rede war getragen vom Ethos der notwendigen Reform des Hochschulwesens und gipfelte in folgenden zehn Leitsätzen, die etwa als die Grundlage der kommenden Neugestaltung angesehen werden dürfen und ihrer allgemeinen Wichtigkeit wegen hier mitgeteilt seien:

1. Es herrsche Uebereinstimmung darüber, daß der mit dem Vorexamen abschließende Unterbau obligatorischen Charakter haben und im Interesse der Freizügigkeit der Studierenden an allen Hochschulen möglichst gleichwertig gestaltet sein soll.

2. Es ist dahin zu streben, daß die exakten Wissenschaften, Mathematik, Mechanik usw. im engsten Zusammenhang gelehrt werden. Dazu soll nach Möglichkeit bereits in der Unterstufe eine verstärkte Einführung in die grundlegenden Gebiete des Fachunterrichtes stattfinden, im Zusammenhang damit der mathematisch-naturwissenschaftliche Unterricht ebenso auf den grundlegenden Teil beschränkt werden. Auf den selbständigen systematischen wissenschaftlichen Ausbau und gefestigten Besitz dieser grundlegenden Ausbildung muß der größte Nachdruck gelegt werden. Der vertiefte Unterricht in diesen Wissenschaften ist als Wahlfach in die Oberstufe — auch wieder im engen Zusammenhang mit den dort behandelten technischen Problemen — zu verlegen.

3. Das Studium in der Oberstufe soll nach Möglichkeit nur wahlfreie Fächer enthalten; die Zusammenstellung und Ueberwachung geordneter Studiengänge aus diesen Wahlfächern soll vom Lehrkörper in geeigneter Form eingeführt werden.

4. Es soll grundsätzlich die Zusammenstellung eines Studienganges sowie von Prüfungsprogrammen aus Fächern verschiedener Abteilungen gestattet werden.

5. Um die Bearbeitung der wichtigen Grenzgebiete der verschiedenen bisherigen Fachabteilungen zu ermöglichen und neben dem speziellen Fachstudium den Ueberblick über die großen zusammenhängenden Fragen der Technik zu verschaffen, wird folgende Neugruppierung des Unterrichts in den Berufsfächern der Oberstufe vorgeschlagen:

Jedes Hauptfach wird in eine elementare, grundlegende Vorlesung im ersten Teil und eine spezielle Fach-Vorlesung im zweiten Teile gegliedert. Der grundlegende Teil enthält eine allgemeine Uebersicht über das behandelte Gebiet und soll so gehalten sein, daß ihn auch Studierende verwandter Abteilungen mit entsprechenden Vorkenntnissen hören können. Nach Möglichkeit sollen diese Vorlesungen in bestimmten Fachgruppen durch die beteiligten Fachprofessoren so gegeneinander abgestimmt werden, daß sie zusammengefaßt eine einheitliche Darstellung großer technischer Gebiete und Zusammenhänge ermöglichen. (Ganz im Sinne der Riedlerschen Vorschläge.) In diese Gruppierung könnte auch die Oberstufe mathematischer oder naturwissenschaftlicher Fächer einbezogen werden, desgleichen die Hauptfächer der Wirtschaftslehre. Solche zusammenhängende Darstellungen sind auch aus verschiedenen Abteilungen zusammenzufassen, so daß sich von selbst geschlossene Studiengänge über die wichtigen Grenzgebiete ergeben.

6. Neben dem Fachstudium ist während des ganzen Studiums Gelegenheit zur Ausbildung in volkswirtschaftlichen, privatwirtschaftlichen und allgemeinen Bildungsfächern zu geben. Wegen der großen Vielseitigkeit dieser Gebiete empfiehlt es sich nicht, dieselben in ein festes Studienprogramm einzuarbeiten; es soll vielmehr den Neigungen des einzelnen weitester Spielraum gelassen werden. Unbedingt erforderlich ist aber

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19191129/1